

Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute u. a. zu folgenden Themen: Falsch, aber ehrlich, ein gescheiterter Staat, Osteuropa und die Folgen der Krise, Wie aus einem unklaren Fall ein angeblich neuer Linksterror wird, Garantiezusagen, soziale Schieflage beim Sparkurs, Sparkurs im Norden, Unzufriedenheit mit der Regierung, kein Streichkurs im Sozialen, Grundsteuer, Telekom-Bespitzelungsaffäre, DGB, GM hat genug, mittelalterlicher Machtbegriff hat ausgedient, Wulff im Schafspelz, Katholische Kirche, Null Chance auf Abschluss, Erprobung des Deutschen Qualifikationsrahmens, Uni Lübeck vor dem Aus, »Festangestellte« und »Zeitarbeiter«, Insolvenz von Krankenkassen, Jauch moderiert im Ersten. Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert. (RS/WL)

1. [Falsch, aber ehrlich](#)
2. [Ein gescheiterter Staat](#)
3. [Osteuropa und die Folgen der Krise: Augen zu und durch](#)
4. [Wie aus einem unklaren Fall ein angeblich neuer Linksterror wird](#)
5. [Magere bis keine Rendite: Garantiezusagen sind zwar sicher, aber vor allem teuer.](#)
6. [Die Bundesregierung spart mit einer deutlichen sozialen Schieflage](#)
7. [Sparkurs im Norden - Blut, Schweiß und Carstensen Schleswig-Holstein als Vorbild für andere Länder?](#)
8. [Mit der Regierung unzufrieden wie noch nie](#)
9. [Kein Streichkurs im Sozialen!](#)
10. [Grundsteuer auf der Basis von Verkehrswerten.](#)
11. [Herta Däubler-Gmelin und Gerhart Baum erheben in Sachen Bespitzelung bei der Telekom schwere Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft](#)
12. [Arno Klönne: Kampagnenfähig wird der DGB in Zukunft nicht mehr sein](#)
13. [General Motors hat genug](#)
14. ["Mittelalterlicher Machtbegriff hat ausgedient - mit ihm das Parlament"](#)
15. [Wulff im Schafspelz - nein danke!](#)
16. [Katholische Kirche: Geheime Parallelwelt](#)
17. [Null Chance ohne Abschluß](#)
18. [Gerd Dielmann zur Erprobung des Deutschen Qualifikationsrahmens](#)
19. [Uni Lübeck vor dem Aus](#)
20. [Jobmarkt spaltet sich in »Festangestellte« und »Zeitarbeiter«](#)
21. [Insolvenz von Krankenkassen: Das sollten Versicherte wissen](#)
22. [RTL-Gesicht Jauch moderiert im Ersten](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich

bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Falsch, aber ehrlich**

„Das ist eine ehrliche Bilanz der Sondierungsgespräche der SPD in NRW“, kommentiert Gregor Gysi Aussagen von Hannelore Kraft zu den Sondierungsgesprächen. Die Vorsitzende der NRW-SPD hatte erklärt:

„Es ist zum Teil an uns gescheitert, was die Linkspartei angeht, an der FDP gescheitert, was die Ampel angeht, und an der CDU gescheitert, weil sie sich inhaltlich überhaupt nicht bewegt hat.“

Gysi weiter:

„Wir finden die Entscheidung der SPD, die Sondierung mit der LINKEN zu beenden, gerade vor dem Hintergrund der Verhinderung des schwarz-gelben Sparpakets im Bundesrat, nach wie vor falsch. DIE LINKE ist nach wie vor bereit, sich mit SPD und Grünen auf einen Politikwechsel in NRW zu verständigen: keinen Sozialabbau, Abschaffung der Studiengebühren, nicht weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst, keine Privatisierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge, längeres gemeinsames Lernen. Die SPD muss endlich im Fünf-Parteien-System ankommen und sich im Bund wie in NRW entscheiden, wem sie näher steht: Union und FDP oder der LINKEN.“

Quelle: [Fraktion DIE LINKE](#)

2. **Ein gescheiterter Staat**

Marktradikale Wirtschaftspolitik westlicher Berater und die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) bereiteten den Boden für eine soziale Dauerkrise

Quelle: [Freitag](#)

3. **Osteuropa und die Folgen der Krise: Augen zu und durch**

Zurzeit teilt die Region sich in Erfolgs- und Misserfolgsstaaten. Polen, die Slowakei und Tschechien dürfen dieses Jahr schon wieder mit Wachstumsraten zwischen drei und vier Prozent rechnen. Auch in Russland und der Ukraine mit ihren

rohstofforientierten Ökonomien geht es seit der Erholung der Weltmarktpreise wieder bergauf. Kroatien dagegen, Montenegro, die baltischen Staaten und auch Slowenien sowie das hoch verschuldete Ungarn müssen auch 2010 wieder mit Schrumpfung rechnen. Alle Verlierer haben kleine Binnenmärkte und sind bei der In- und Ausfuhr völlig von den großen EU-Staaten abhängig. "Aber den Hauptunterschied zwischen Erfolg und Misserfolg macht, ob ein Land in den letzten Jahren Opfer des aggressiven Bankenwettbewerbs war oder nicht", sagt Vladimir Gligorov vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche und einer der besten Kenner der Region. Das Problem in Ländern wie Rumänien und Kroatien sind die hohen Privatschulden. Mit Ausnahme Ungarns leiden die Übergangsländer, anders als etwa Griechenland, Spanien und Portugal, nicht etwa an zu hoher Staatsverschuldung. Das Problem in Ländern wie Rumänien, Bulgarien, Kroatien oder der Ukraine sind vielmehr die hohen Privatschulden. Rumänien, Lettland, Kroatien, Bulgarien und Slowenien haben, vor allem auf deutschen Druck hin, scharfe Sparprogramme auflegen müssen und drohen so die darniederliegende Konjunktur vollends zu ersticken. Für Investitionen und Konjunkturförderung fehlt allen Staaten Spielraum. Soziale Unruhen als Folge der Einschnitte werden nirgends befürchtet - begründet wird die Zuversicht von den einen mit der erprobten Opferbereitschaft der Bevölkerung, von den anderen mit der Schwäche der Gewerkschaften. Wenn die Stagnation eine politische Folge habe, meint Gligorov, dann sei es eher die Tendenz zu Populismus, Fremdenfeindlichkeit und autoritären Regierungsformen..

Quelle: [FR](#)

4. **Wie aus einem unklaren Fall ein angeblich neuer Linksterror wird**

Nach der Berliner Demo gegen Sparpläne: Ein dumpfer Knall mit Folgen - Durch eine Detonation auf einer Berliner Demo sind mehrere Polizisten verletzt worden. Wie aus einem unklaren Fall ein angeblich neuer Linksterror wird - eine Chronologie.

Quelle: [taz.de](#)

5. **Magere bis keine Rendite: Garantiezusagen sind zwar sicher, aber vor allem teuer.**

Eigentlich klingt das gut: Bei einem Garantiezertifikat bekommt der Anleger auf jeden Fall sein eingesetztes Kapital zurück, selbst wenn das Zertifikat später dem zugrunde liegende Wert oder Index nach weniger wert ist.

Aber sind Garantiezusagen tatsächlich so interessant? Die Banken werben zumindest derzeit statt mit hohen Gewinnchancen mit weitreichenden Garantiezusagen. Doch auch wenn die Anlageprodukte diesmal keine hochriskanten Lehman-Zertifikate sind - mit den aktuellen Garantiezertifikaten machen vor allem die Banken Gewinn.

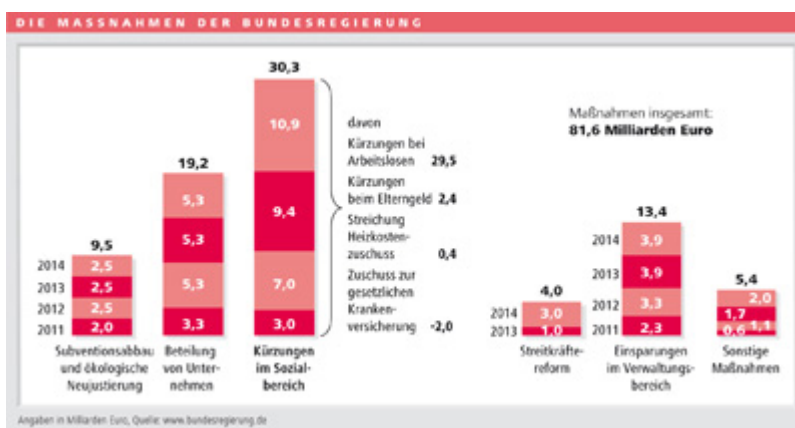
Finanztest hat beispielhaft sechs Garantiezertifikate untersucht, die bis Mitte Mai 2010 auf den Markt kamen. Frustrierendes Ergebnis für Anleger: Wegen der hohen

Kosten lohnt sich ein Investment selten.

Quelle: [Ihre Vorsorge](#)

Anmerkung unseres Lesers J.W.: Und wieder verlieren Anleger Geld – Banken sind die Gewinner.

6. Die Bundesregierung spart mit einer deutlichen sozialen Schiefelage



Insgesamt sollen bis Ende 2014 mehr als 80 Milliarden Euro eingespart werden, allein 30 Milliarden davon im Sozialbereich.

Dem steht ein Betrag von knapp 20 Milliarden Euro von Unternehmen gegenüber. Komplette außen vor bleiben hingegen Vermögende, reiche Erben und Bezieher/innen hoher Einkommen. Das sei der "eigentliche soziale Skandal", heißt es dazu in einer Bewertung der [Grundsatzabteilung](#) beim ver.di-Bundesvorstand (mehr dazu auch im Internet unter).

Quelle: [ver.di News](#)

7. Sparkurs im Norden - Blut, Schweiß und Carstensen Schleswig-Holstein als Vorbild für andere Länder?

Peter Harry Carstensen verpasste seinem Land als erster Ministerpräsident eine Finanz-Roskur. Draußen vor dem Landtag stehen auch heute wieder ein paar tausend Demonstranten, die um diese eine Stimme kämpfen. Heute sind es die Studenten, die ihrem Unmut Luft machen. Aufgewühlt, wütend, aber auch ein wenig berechnend, das ist ja klar. St. Florian ist kein Unbekannter in Schleswig-Holstein. Neulich waren hier die Mitarbeiter der KITAS, heute die Studenten, morgen das „Aktionsbündnis Soziales“.

Quelle: [WELT](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Wahrscheinlich ist es den "Journalisten" zu

schwierig oder zu mühselig, mal eine halbe Stunde in die Recherche zur [HSH Nordbank](#) zu investieren und festzustellen, daß das Geld, das Carstensen "sparen" (kürzen) will, x-fach in die Rettung der bankrotten Bank geflossen ist. Hauptsache, das soziale Blut spritzt, Schweiß rinnt und Tränen fließen, denn "wir alle haben über unsere Verhältnisse gelebt".

So kann man ein Bundesland und seine Zukunftschancen auch endgültig ruinieren, und zwar ganz schnell.

8. Mit der Regierung unzufrieden wie noch nie

Die Zufriedenheit mit der schwarz-gelben Bundesregierung ist auf einem neuen Tief angelangt. Nur noch zwölf Prozent der Deutschen zeigen sich im "ARD-DeutschlandTrend extra" mit der Arbeit der schwarz-gelben Koalition zufrieden. Dies sind acht Punkte weniger im Vergleich zum Monatsbeginn. 86 Prozent der Deutschen sind demnach unzufrieden mit der Arbeit von Schwarz-Gelb (+8). So negativ wurde eine Bundesregierung zuletzt im März 2004 bewertet.

Quelle: tagesschau.de

9. Kein Streichkurs im Sozialen!

Das Sparpaket schröpft Arbeitslose und Familien und verschont Vermögende und Spitzenverdienende. Diese unsoziale Politik der Regierung würde die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen. Fordern Sie jetzt ein Ende der unsozialen Sparpolitik!

Quelle: campact.de

10. Grundsteuer auf der Basis von Verkehrswerten.

Bremen, Berlin, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen haben eine Machbarkeitsstudie zur Reform der Grundsteuer erarbeitet, über die Anfang 2011 in der Finanzministerkonferenz entschieden werden soll. Das Modell sieht vor, die Grundsteuer auf Basis des aktuellen Immobilienwerts zu berechnen - ähnlich wie es im Falle der Erbschaftsteuer bereits üblich ist.

Quelle: [Machbarkeitsstudie \(Kurzfassung\) \[PDF - 340KB\]](#)

11. Herta Däubler-Gmelin und Gerhart Baum erheben in Sachen Bespitzelung bei der Telekom schwere Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft

Im Zusammenhang mit der vor zwei Jahren bekannt gewordenen Telekom-Bespitzelungsaffäre erhoben Rechtsanwalt Gerhart R. Baum (Bundesinnenminister a. D.) und Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (Bundesjustizministerin a.D.) am Dienstag in einer Pressemitteilung schwere Vorwürfe gegen die Bonner Staatsanwaltschaft. Sie und weitere Anwälte der bei der Telekom in den Jahren 2005 bis 2006 bespitzelten ver.di-Gewerkschafter wollen am Donnerstag in einer Pressekonferenz in Bonn öffentlich machen, warum die Staatsanwaltschaft zwar Anklage gegen Mitarbeiter der Telekom erheben, die Ermittlungen gegen den früheren Aufsichtsratsvorsitzenden

Klaus Zumwinkel und gegen den früheren Vorstandsvorsitzenden Kai-Uwe Ricke jedoch einstellen will.

Nach allen uns bekannten Fakten hätte gegen Zumwinkel und Ricke Anklage erhoben werden müssen. Dafür liegen eine Reihe schwer wiegender Indizien vor.

Quelle: [Neue Rheinische Zeitung](#)

12. **Arno Klönne: Kampagnenfähig wird der DGB in Zukunft nicht mehr sein**

Der Kongress beschloss nämlich eine neue Organisationsreform des DGB, die einige Dramatik enthält: Der gewerkschaftliche Dachverband wird weiter an gesellschaftspolitischer Bedeutung verlieren; und mehr noch als bisher zieht er sich aus der Fläche zurück. Die Mittelzuweisungen der Einzelgewerkschaften an den DGB werden gekürzt, kampagnenfähig wird er in Zukunft nicht mehr sein. Die Region als Organisationsebene wird geräumt, hauptamtliche Funktionen im DGB werden in einem weiteren Schritt zentralisiert. Wie üblich ist eine solche „Verschlankung“ von wohlklingenden Trostworten begleitet: Nun sei dem ehrenamtlichen Engagement mehr Raum gegeben...

Mit der Organisationsreform im DGB setzt sich ein Trend fort, der schon seit Jahren deutlich ist: Die durch Fusionen noch größer gewordenen drei großen Einzelgewerkschaften (IG Metall, ver.di und IG Bergbau, Chemie, Energie) drängen den übergreifenden Gewerkschaftsbund an die Seite. Gesamtgesellschaftliche Gewerkschaftspolitik büßt ihren Rang ein, das „Co-Management“ mit den Arbeitgebern und Unternehmern bekommt Priorität.

Jeder Wunsch an der gewerkschaftlichen Basis, in Zeiten des massiven Klassenkampfes von oben müsse die Gewerkschaftsbewegung auch in der Bundesrepublik zum politischen Streik fähig werden, gerät damit organisatorisch ins Aus.

Quelle: [Neue Rheinische Zeitung](#)

13. **General Motors hat genug**

General Motors hat überraschend angekündigt, alle Anträge auf staatliche Finanzhilfen für seine europäische Tochter Opel/Vauxhall zurückzuziehen. Näher betrachtet ist die Entscheidung von GM weniger überraschend, als es auf den ersten Blick scheint. Ob London und Madrid ihre »angekündigten« Bürgschaften nach der Absage aus Berlin überhaupt noch gewährt hätten, ist fraglich. Und: Das »Sanierungspaket« mit Betriebsräten und Gewerkschaften, das die Werksschließung in Antwerpen, die Vernichtung von 8300 der 48000 Arbeitsplätze sowie Lohn- und Gehaltsverzicht über Jahre festschreibt, ist seit zwei Wochen unterschrieben. Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, hatten sich mit dem Argument »ohne Verzicht keine Staatsbürgschaften, ohne Staatsbürgschaften keine Zukunft für Opel« effektiv unter Druck setzen lassen. Diese Pokerrunde ging an GM.

Quelle: [Junge Welt](#)

14. **“Mittelalterlicher Machtbegriff hat ausgedient - mit ihm das Parlament”**

Warum werden manche Gesetzesvorlagen in Rechtsanwaltskanzleien geschrieben? Weil die Anwälte das in dem einen oder anderen Fall besser machen als die zuständigen Fachressorts. Und das, obwohl in diesen Ministerien durchaus Hunderte fähiger Mitarbeiter sitzen. Die Wirklichkeit ist komplexer geworden, Wissen wird täglich erweitert. Wer kann alles Wissen kompetent überblicken? Und: Wer kann sagen, was richtig und falsch ist? Macht eine europäische Rating-Agentur Sinn? Sollen wir das Forschen mit embryonalen Stammzellen erlauben? Der Abgeordnete allein kann es nicht, der Abgeordnete und sein Büro und seine Fraktion können es nicht, die Minister und ihre Ministerien können es nicht.

Politik wird, Politiker werden daher künftig Moderatoren von Abwägungsprozessen. Sie sind Schnittstellen. Sie holen sich verschiedene Kompetenzen in ihre Nähe. Beispielsweise hat der Bundesinnenminister einen runden Tisch zur Netzpolitik einberufen.

Wie lange werden Politiker noch unter der althergebrachten Vermutung von Kompetenz und als bloße Schnittstelle überleben können?

Quelle: [The European](#)

Anmerkung unseres Lesers W.C.: Görlach entblödet sich in diesem Artikel nicht, den Begriff „Handlungskompetenz“ - deren Inhaberschaft er ausschließlich privatwirtschaftlichen Interessengruppen und deren Netzwerken zuschreibt - über die von ihm als inkompetent agierende Politik und die Demokratie überhaupt zu stellen. In gleicher Weise verortet er daher auch - allerdings nicht ganz zu Unrecht - die „wahre Macht“ im Lande ausschließlich bei den von ihm als „handlungskompetent“ beschriebenen Kreisen, und holt in diesem Zusammenhang („Warum werden manche Gesetzesvorlagen in Rechtsanwaltskanzleien geschrieben? Weil die Anwälte das in dem einen oder anderen Fall besser machen als die zuständigen Fachressorts.“) zu einem großen verschwurbelten Rundumschlag gegen die Demokratie und gegen die Bevölkerung aus indem er insbesondere letzterer bescheinigt, einem „mittelalterlichen Machtbegriff“ weitab jeglicher wahren Machtverhältnisse erlegen zu sein. „Das Volk hat bis heute diesen Machtbegriff behalten, auch wenn es schon lange keinen

Kaiser mehr gibt. Diese alte Begriffsbedeutung ruht im Sediment unseres kulturellen Erbes. Sie ist auf die neuen demokratischen Institutionen übergegangen“. Aufgrund dieser verqueren Logik versteigt sich dieser Kultursedimentforscher letztendlich zu der reichlich unverhüllten Forderung, die Parlamente abzuschaffen, da diese ja nur noch - überflüssiger! - Ausdruck einer mythologischen Machtvorstellung seien.

Übersetzen wir das doch mal in verständlichen Alltags-Klartext: Eine mittelalterlich-unwissende, verblödete Bevölkerung wählt ebenso blöde, unfähige Politiker, die aufgrund ihrer Inkompetenz eigentlich schon längst völlig machtlos, d.h. handlungsunfähig sind. Da inzwischen die Macht schon längst auf andere, handlungsfähige Kompetenzträger übergegangen ist, schaffen wir doch diesen ganzen überflüssigen Demokratie-Zirkus besser komplett ab.

Ja, liebe Bürger, möchte man da noch hinzufügen - die moderne Welt ist eben viel zu kompliziert für eure schlichten Seelen geworden, als dass ihr da noch mitreden könntet. Es ist doch das Beste für euch, dass Josef Ackermann der wahre Kanzler dieses Landes ist, da er und seine kompetenten Netzwerke wesentlich handlungs- und entscheidungsfähiger agieren als die von euch gewählten Politiker....

Den Lesern des Görlach-Artikels sei angeraten darüber nachzudenken, wer da eigentlich zu mittelalterlichen, feudalen Machtverhältnissen zurück will, in denen die reiche Oberschicht des Landes - „Eliten“, in „Netzwerken“ privatwirtschaftlicher Interessengruppen organisiert und nicht durch demokratische Wahlen legitimiert - Gesetze ausschließlich zum Wohle ihrer persönlichen Bereicherung verfassen und erlassen, und die eigene Bevölkerung sogar in Kriege verstricken kann, die denselben Zielen dienen.

Mir scheint offensichtlich, dass sich der Theologe Görlach hier als neoliberaler Propagandist einer altbekannten mittelalterlichen Arbeitsteilung hinsichtlich der von ihm betriebenen Volksverdummung bedient. Wie sagte doch der Fürst zum Bischof? „Halt’ DU sie dumm, ICH halt’ sie arm...“

15. **Wulff im Schafspelz - nein danke!**

Angela Merkels Favorit für die Nachfolge Köhlers hätte - wenn die Wahl am Monatsende dem Willen der Bevölkerung entsprechen sollte - keine Chance. Das sagen nicht nur Meinungsumfragen voraus. Auch „die säkularen Organisationen in Deutschland lehnen die Kandidatur Christian Wulffs für das Amt des Bundespräsidenten entschieden ab. Ein Politiker, der sich im Kuratorium der evangelikalischen Vereinigung „Pro Christ“ engagiere, könne keine Bevölkerung repräsentieren, die zu mehr als einem Drittel konfessionsfrei sei und sich zur Hälfte als „nicht-religiös“ einstufe“, heißt es in einem Beitrag des „humanistischen pressedienstes“ (hpd), den wir hier mit Genehmigung seiner Autorin wiedergeben. Allerdings, so argumentiert Ladwig (vom Internationalen Bund der Konfessionslosen, IBKA), hat sich „Gaucks ursprünglich bürgerrechtlicher Freiheitsbegriff jedoch längst explizit mit neoliberalen Vorstellungen verknüpft. Von Egalité und Fraternité keine Spur! Wenn Gauck gegen „Besitzstandswahrung“ agitiert, dann meint er - wie Wulff! - den Sozialstaat und nicht etwa die kostspieligen staatskirchenrechtlichen Privilegien.“

Ladwig schließt die Kandidatenkür mit dem Worten: „Gauck und Wulff sind auf unterschiedliche Weisen Männer von Vorgestern“.

Quelle: [Neue Rheinische Zeitung](#)

16. **Katholische Kirche: Geheime Parallelwelt**

Gleich mehrere Finanzaffären erschüttern zurzeit die katholische Kirche, nicht nur im Fränkischen oder in Augsburg, wo der Griff von Bischof Walter Mixa in die Kasse einer Kinderheimstiftung kürzlich Wirbel machte.

Allein im Bistum Magdeburg sollen über 40 Millionen Euro verlorengegangen sein, in Limburg verschwanden 5 Millionen, in der Diözese Münster flogen 30 Schwarzkonten eines leitenden Geistlichen auf. Und während Pfarreien in ganz Deutschland Stellen und Mittel für die Gemeindegarbeit gestrichen werden, bleibt vielen Bischöfen kaum ein Wunsch unerfüllt.

Dabei sind Deutschlands Bistümer finanziell bestens ausgestattet. „Die katholische Kirche sagt, sie sei arm, tatsächlich aber versteckt sie ihren Reichtum“, sagt der Berliner Politikwissenschaftler Carsten Frerk, der nach jahrelangen Recherchen im Herbst ein „Violettbuch Kirchenfinanzen“ herausbringt. Auf rund 50 Milliarden Euro veranschlagt Frerk das Barvermögen der kirchlichen Rechtsträger.

Quelle: [Spiegel Online](#)

17. **Null Chance ohne Abschluß**

Bund-Länder-Bericht beleuchtet dramatische Ausbildungssituation in Deutschland. Jeder sechste Jugendliche ohne Berufsperspektive. Regierung liefert neues Placebo. Jeder sechste junge Mensch im Alter zwischen 20 und 30 Jahren verfügt hierzulande über keinen Berufsabschluss und befindet sich auch nicht in einer Bildungsmaßnahme. So lautet der alarmierende Befund des neuesten Bildungsberichts von Bund und Ländern, der an diesem Donnerstag vom Bundesbildungsministerium (BMBF) und der Kultusministerkonferenz (KMK) offiziell vorgestellt werden soll.

Mit 17 Prozent in der Altersgruppe der 20- bis 30jährigen hat der Anteil der Ungelernten offenbar den höchsten jemals gemessenen Stand in der Bundesrepublik erreicht...

Die schlechtesten Karten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben nach den aktuellen Zahlen junge Migranten. Von ihnen sind über 30 Prozent ohne Berufsabschluß und Weiterqualifizierung. Bei jungen Frauen türkischer Herkunft beträgt der Anteil derer ohne jede berufliche Perspektive sogar 47,5 Prozent.

Verlierer sind nach dem Bildungsbericht vor allem Hauptschüler: Ihr Abschluß führt sie in über 50 Prozent der Fälle in eine sogenannte Warteschleife des Übergangssystems. Von den Hauptschülern ohne Abschluß werden mehr als drei Viertel in dieser Grauzone abseits der Erwerbslosenstatistik »geparkt«.

Quelle: [junge Welt](#)

18. Gerd Dielmann zur Erprobung des Deutschen Qualifikationsrahmens

Mit dem europäischen Einigungsprozess bekamen nicht nur die Arbeitgeber das Problem der Vergleichbarkeit von Berufsausbildungen, sondern auch die Gewerkschaften. Was bei den Hochschulausbildungen mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen gründlich in die Hose ging, steht nun für Berufsausbildungen insgesamt an.

Quelle: [Labour Net](#)

19. Uni Lübeck vor dem Aus

Die Uni Lübeck kämpft ums Überleben. Rettung ist nicht in Sicht, weder durch die Idee einer Stiftungsuni noch durch erhoffte Hilfe aus Berlin. Stoppen könnten das Bildungssparen allenfalls Umfaller im Parlament. Am Mittwoch soll vor dem Kieler Landtag ein Proteststurm aufziehen.

Man ahnt: Wenn 1500 Medizinstudienplätze als Herzstück der Universität verschwinden, werden auch die 1100 Studienplätze der technischen Studiengänge über die Trave gehen.

Quelle: [Unispiegel](#)

20. Jobmarkt spaltet sich in »Festangestellte« und »Zeitarbeiter«

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung warnt vor »Jobs zweiter Klasse«: der Spaltung der Belegschaften in »Zeitarbeiter« und »Festangestellte«. Der Trend zu Ingenieurdienstleistung und Outsourcing verändert in machen Branchen bereits das Anforderungsprofil an Ingenieure.

Quelle: [Funkschau.de](#)

21. Insolvenz von Krankenkassen: Das sollten Versicherte wissen

Die ersten gesetzlichen Krankenkassen haben beim Bundesversicherungsamt eine drohende Insolvenz angezeigt, darunter die City BKK. test.de erläutert, was im Falle einer Insolvenz auf Versicherte zukommt.

Quelle: [Stiftung Warentest](#)

22. RTL-Gesicht Jauch moderiert im Ersten

Nun also doch: RTL-Moderator und Sendergesicht Günther Jauch bekommt ab 2011 eine eigene politische Gesprächssendung am Sonntagabend im Ersten. Die ARD hatte sich seit Jahren darum bemüht, Jauch zum Gemeinschaftsprogramm zu bekommen. Zuletzt war der öffentlich-rechtliche Sender im Januar 2007 gescheitert, als Jauch nach wochenlangen Verhandlungen und öffentlichen Querschüssen einzelner ARD-Intendanten entnervt abgesagt hatte.

Quelle 1: [Horizont](#)

Quelle 2: [Telepolis](#)

Anmerkung Martin Betzwieser: Was hier als Glücksgriff im zweiten Anlauf verkauft

wird, ist der nächste Schritt in die öffentlich-rechtliche Volksverblödung. Günther Jauch mag als Showmensch durchaus seine Qualitäten haben, als Journalist ist er - zurückhaltend formuliert - fragwürdig. Als Möchtegern-Journalist Michael Born Stern-TV die wüstesten Geschichten verkaufte, ahnte man dort so wenig wie beim Stern über den „Wahrheitsgehalt“ der Hitler-Tagebücher. Als [Born´s Reportagen als Fälschungen](#) enttarnt wurden, fand Günther Jauch das nicht so schlimm. Ebenso ist Günther Jauch´s Verhältnis zur Werbung durchaus pikant. Er tritt gerne mal als Werbemaskottchen in den Werbeunterbrechungen seiner [eigenen Sendungen](#) auf.